



## Der Jännerstreik 1918 und das Entstehen der Arbeiterräte

HANS HAUTMANN

Am Montag, dem 14. Jänner 1918, um 8 Uhr früh, legte die Belegschaft der Daimler-Motorenwerke in Wiener Neustadt geschlossen die Arbeit nieder, um gegen die Kürzung der Mehlorquote zu protestieren. Sie versammelte sich im Fabrikhof, und eine Delegation sprach bei der Unternehmensleitung vor. Ferdinand Porsche, damals einer der beiden Direktoren der Daimlerwerke, versprach, sofort zum Ernährungsminister nach Wien zu fahren, um ihm die Wünsche der Arbeiter bekannt zu geben. Seine Aufforderung aber, einstweilen die Arbeit fortzusetzen, wurde von der Streikversammlung einstimmig abgelehnt, und sie beschloss, zum Rathausplatz zu ziehen. Der Marschkolonne der Belegschaft der Daimlerwerke schlossen sich die Arbeiter der Lokomotivfabrik, der Radiatorenwerke, der Flugzeugfabrik, der Munitionswerke G. Rath und der Lichtenwörther Arbeiter an.<sup>1</sup> Die zunächst 6000, am Nachmittag bereits 10.000 vor dem Rathaus versammelten Arbeiter gaben dem Stadtrat ihre Forderungen bekannt. Es wurde die Statthalterei und das Ernährungsministerium antelefoniert, positive Antworten, die Kürzung der Mehlorration zurückzunehmen, erfolgten jedoch nicht. Ernährungsminister Höfer versprach bloß, am 15. Jänner in Wien eine Streikdelegation zu empfangen.

Am Nachmittag des 14. Jänner verbreiteten die Linksradikalen auch in Wiener Neustadt ihr Flugblatt „Arbeitendes Volk!“, in dem zur Bildung von Arbeiterräten nach russischem Vorbild aufgerufen wurde. Sozialdemokratische Vertrauensleute und Gewerkschaftsfunktionäre erklärten den Behörden, dass der Streik gegen ihren Willen ausgebrochen sei, sie die Arbeiter nicht mehr in der Hand hätten und sie bei Ablehnung, die Quotenkürzung rückgängig zu machen, keinerlei Verantwortung für die Folgen übernehmen könnten.<sup>2</sup> Als die Streikenden vom Rathausplatz nach stundenlangem vergeblichen Warten abzuziehen

begannen, kam es zu erregten Szenen. Sämtliche Fensterscheiben des Rathauses wurden zertrümmert. Am Abend des 14. Jänner setzte das Kriegsministerium über Ersuchen der Fabrikdirektoren, die für den 15. Jänner Demolierungen und Sabotageakte befürchteten, 200 Mann Militär und zwei Maschinengewehrzüge von Wien nach Wiener Neustadt in Marsch.<sup>3</sup>

Die erste Nachricht vom Streikausbruch erhielt der sozialdemokratische Parteivorstand in Wien am Abend des 14. Jänner durch einen Kurier aus Wiener Neustadt. Die Partei schien, ebenso wie die kaiserliche Regierung, zu diesem Zeitpunkt die Ausstandsbewegung noch unterschätzt und für ein lokal begrenztes Ereignis mit ausschließlich ökonomischen Ursachen gehalten zu haben. Karl Renner, dessen Wahlkreis das Gebiet südliches Wiener Becken war, wurde beauftragt, sich um die Angelegenheit zu kümmern.

Am Morgen des 15. Jänner traf eine zwölfköpfige Arbeiterdelegation in Begleitung von vier Direktoren der bestreikten Wiener Neustädter Fabriken in Wien ein. Sie wurden von Renner empfangen und zu Minister Höfer ins Parlament geführt. Bei den Verhandlungen stellte sich bald heraus, dass die Frage der Kürzung der Mehlorration nicht mehr die entscheidende war. Der Führer der Wiener Neustädter Abordnung erklärte, dass die erste und hauptsächliche Forderung der Streikenden der Abschluss des Friedens sei, was alle Delegationsmitglieder bekräftigten. Ernährungsminister Höfer antwortete mit einer Schilderung der trostlosen Verhältnisse auf dem Lebensmittelsektor und versprach, einen Beamten nach Wiener Neustadt zu entsenden, um die dortige Lage „zu prüfen“. Die Verhandlungen endeten also ohne greifbares Ergebnis.

Am selben Dienstag, dem 15. Jänner 1918, vollzog sich die rasche Verwandlung des Ausstandes in einen *politischen Massenstreik*. Die wichtigste Ursache dafür war im Zusammenwirken mit der Agitation der Linksradikalen im süd-

lichen Wiener Becken das Bekanntwerden der provokatorischen Rede General Hoffmanns in Brest-Litowsk, worüber die *Arbeiter-Zeitung* am 15. Jänner berichtete. Am Morgen standen die Schoellerwerke in Ternitz still. Die Streikenden marschierten gemeinsam nach Wimpassing, wo sich ihnen die Belegschaften der Gummifabrik und aller anderen Betriebe anschlossen, und von da nach Neunkirchen, wo ebenfalls sofort sämtliche Betriebe in den Ausstand traten. Auch im Triestingtal (Enzesfeld-Hirtenberg, Leobersdorf), in Wöllersdorf und in St. Pölten setzte im Lauf des 15. Jänner der Streik ein.<sup>5</sup> Die am Hauptplatz von Neunkirchen versammelten Arbeiter und Arbeiterinnen erhoben nur eine einzige Forderung: den sofortigen Friedensschluss, „um der Not und den unerträglichen Verhältnissen [...] ein Ende zu machen.“<sup>6</sup>

In Wiener Neustadt, wo am 15. Jänner der Streik lückenlos geworden war, fanden mehrere Versammlungen statt, in denen die Arbeiter aus ihrer Mitte Beauftragte für die Leitung der Ausstandsbewegung durch Zuruf und Akklamation wählten. *Damit war Wiener Neustadt zur Geburtsstätte der Rätebewegung in Österreich geworden*, obwohl die Bezeichnung „Arbeiterrat“ erst einige Tage später allgemeine Verwendung finden sollte. Im Wiener Neustädter Arbeiterrat hatten die Linksradikalen bedeutenden Einfluss, zwei ihrer Anhänger, Eduard Schönfeld und Anton Urbanek, gehörten der Leitung an. Sie stellten die Verbindung mit den Wiener Linksradikalen her und organisierten einen Kurierdienst, über den die Wiener Betriebe und das obersteirische Industriegebiet zum Anschluss an den Streik aufgefordert wurden.<sup>7</sup> Auch in Ternitz bildete sich am 16. Jänner in analoger Form wie in Wiener Neustadt ein Arbeiterrat als Streikleitung,<sup>8</sup> in dem der Linksradikale Ferdinand Zehnder die führende Rolle spielte.

Endgültige Gewissheit, dass die Bewegung an den Grundfesten des österreichi-



**Eduard Schönfeld (1873–1936), Vorsitzender des Wr. Neustädter Arbeiterrats**

schen Staates rüttelte und die Dinge nunmehr auf des Messers Schneide standen, erhielten die Regierung und die Sozialdemokratische Partei, als am 16. Jänner Karl Renner und Oberst Wallerstorfer als Vertreter des Ernährungsamts in Wiener Neustadt über die Verhandlungen mit Minister Höfer Bericht erstatteten. Der Versuch, durch Zugeständnisse – drei Waggons mit Speck und Kondensmilch wurden Wiener Neustädter Arbeitern in Aussicht gestellt – einen Einbruch in die Streikfront zu erzielen, stieß auf eine Mauer der Ablehnung.<sup>9</sup> Die Frage der Lebensmittelversorgung trat völlig in den Hintergrund. Alle Vertrauensmänner der Wiener Neustädter Arbeiter versicherten, dass von einem Ende des Streiks keine Rede sein könne, solange nicht positive Ergebnisse der Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk vorlägen. Bestürzt ob der disziplinierten, harten und dennoch ruhigen Entschlossenheit, mit der die streikenden Arbeiter ihren Willen zum Ausdruck brachten, aufs Ganze zu gehen, eilte Karl Renner am Abend des 16. Jänner nach Wien zurück, wo er den Parteivorstand unverzüglich von der Brisanz der Situation in Kenntnis setzte.

### **Antwort des Parteivorstands. Übergreifen des Streiks auf Wien**

Als am 15. Jänner 1918 feststand, dass die Streikbewegung kein auf Wiener Neustadt begrenztes Ereignis mehr war, traf in Wien der Parteivorstand der österreichischen Sozialdemokratie die ersten Vorkehrungen, „um die Bewegung zu erfassen, zu leiten und vor Missdeutung wie vor Abirrungen zu schützen.“<sup>10</sup> Er beschloss, am 16. Jänner in der *Arbeiter-*

*Zeitung* ein Manifest zu veröffentlichen, um – wie Otto Bauer schrieb – die „sich unregelt von Betrieb zu Betrieb, von Ort zu Ort“ ausbreitende Bewegung „zu vereinheitlichen und ihr ein politisches Ziel zu geben.“<sup>11</sup> Victor Adler und Karl Seitz sprachen am 15. Jänner, 21.30 Uhr, bei Ministerpräsident Ernst Seidler vor. Nach Darstellung von Renner und Bauer hätten die beiden Parteiführer im Verlauf der Besprechung erreicht, Seidler eine Weisung an die Zensurstelle über die Freigabe des Manifests in den Parteiorganen aufzuzwingen.

Etwas anders stellte Seidler den Inhalt dieses Quasi-Ultimatums da, als er an Graf Czernin nach Brest-Litowsk telegraphierte: „Artikel in ‚Arbeiter-Zeitung‘ (vom 16.1.2018, H.H.) war weder Toggenburg (Minister des Inneren, H.H.) noch mir vorgelegt worden. Er war uns aber in später Abendstunde (des 15.1., H.H.) avisiert und als *Preis für Einwirkung der sozialdemokratischen Führer auf Streikbewegung bezeichnet*. Toggenburg erteilte der Ministerialkommission Auftrag, Artikel womöglich nicht ganz zu konfiszieren, wohl aber zu zensurieren.“<sup>12</sup>

„Preis für Einwirkung“ konnte nur bedeuten, dass Victor Adler und Karl Seitz dem Ministerpräsidenten für die Freigabe der notwendigen Aufrufe des Parteivorstandes in der Presse auch eine *Leistung* zusagten. Worin diese bestand, wurde später noch deutlich.

Das Manifest der Parteivertretung und des Abgeordnetenklubs der österreichischen Sozialdemokratie an die Arbeiter und Arbeiterinnen vom 16. Jänner 1918 war die schärfste und radikalste Stellungnahme der Partei während des gesamten Krieges. Einleitend wurde die Organisation des Verpflegungsdienstes als durch die „Selbstsucht der besitzenden Klassen“ und die „Unzulänglichkeit der bürokratischen Verwaltung verpfuscht und verdorben“ bezeichnet. Danach folgte eine harte Kritik an den „herrschenden Klassen Österreich-Ungarns“, welche immer von der ausschließlichen Notwendigkeit der Landesverteidigung und ihrer Friedensbereitschaft gesprochen hätten, nun aber, da „Russland von uns gar nichts verlangt“, weiterhin auf Eroberungen im Osten beständen. Das Manifest endete mit den Worten:

„Für die schleunigste Beendigung des Krieges!

Für den Frieden ohne offene und ohne unverhüllte Eroberungen!

Für den Frieden auf der Grundlage des unverfälschten Selbstbestimmungsrechtes der Völker!“<sup>13</sup>

Bemerkenswert ist, dass das Manifest des Parteivorstandes mit keinem Wort den bereits ausgebrochenen Streik erwähnte und nur davon sprach, dass „die Verpflegungsschwierigkeiten der jüngsten Zeit in weiten Kreisen der Arbeiterschaft große Beunruhigung hervorgerufen“ hätten.<sup>14</sup> Eine Solidarisierung mit den streikenden Arbeitern bzw. eine Erklärung, dass man für den Streik Verständnis zeige oder gar die Methode des Massenausstandes zur Erreichung der Ziele des Manifests billige, erfolgte nicht.

Dennoch war die Wirkung des Manifestes groß, besonders auf jene Arbeiter, die bis dahin nur gerüchteweise von den Ereignissen in Wiener Neustadt, Ternitz und Neunkirchen gehört hatten. Otto Bauer schrieb: „Der niederösterreichische Streik hätte wohl auch ohne dieses Manifest Wiener Betriebe mitgerissen; das Manifest aber vereinheitlichte die ganze Bewegung.“<sup>15</sup>

Am Morgen des 16. Jänner griff die Bewegung tatsächlich auf Wien über. Die ersten Betriebe, die in den Ausstand traten, waren das Arsenal (15.000 Arbeiter) und die Fiatwerke in Floridsdorf (2000 Arbeiter).<sup>16</sup> Für den Streikbeschluss beider Betriebe war noch die Aufforderung von Kurieren aus Wiener Neustadt und der Einfluss, den hier die Wiener Linksradikalen besaßen, ausschlaggebend. Dass sich im Lauf des 16. Jänner mit atemberaubender Schnelligkeit nahezu alle wichtigen Wiener Fabriken dem Streik anschlossen, war hingegen schon auf das Manifest in der *Arbeiter-Zeitung* zurückzuführen. Am Abend dieses Tages befanden sich in Wien bereits 84.300 Arbeiter und Arbeiterinnen im Ausstand.<sup>17</sup>

In den Wiener Arbeiterheimen und vielen Gastwirtschaften versammelten sich die Streikenden; sie fassten einmütig den Beschluss, im Ausstand zu verharren, um den Friedensschluss zu erzwingen. In der Brigittenau forderten die Kundgebungsteilnehmer, dass die Regierung einer Arbeiterdelegation Zutritt zu den Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk gewähren solle. In Floridsdorf wählten die Belegschaften aller sechzig bestreikten Betriebe im Arbeiterheim ein „Permanenzkomitee“ zur Leitung des Ausstands.<sup>18</sup> Auf den Straßen kam es zu Demonstrationen. Aus Favoriten bewegte sich ein Zug von tausenden Arbeitern gegen die Stadtmitte. Die Menge besetzte die Geleise der Straßenbahn und brachte den Verkehr zum Stillstand. Berittene Sicherheitswache stellte sich den Menschenmassen entgegen, und es ge-

lang ihr in den Abendstunden, die Menge zu zerstreuen.<sup>19</sup>

Am 16. Jänner drohte die Streikbewegung auch auf die Eisenbahner überzugreifen. In Wien versammelte sich die Exekutive, um über die Situation zu beraten. Der Parteivorstand riet von einem Streikbeschluss dringendst ab; erst nach heftigen Debatten schloss sich dem die Eisenbahner-Exekutive an. Das fahrende Personal blieb im Dienst; es gelang allerdings nicht, die Arbeiter der Hauptwerkstätten der Südbahn, Nordbahn, Ostbahn und Nordwestbahn vom Ausstand zurückzuhalten.<sup>20</sup>

In Niederösterreich wuchs der Streik am 16. Jänner weiter an. Im Bezirk Mödling, im Traisental und in Stockerau streikten alle Betriebe. Die Zahl der Streikenden betrug am Abend schon über 70.000, Wien dazu addiert über 150.000. Der k. u. k. Herrschaftsapparat sah sich der dynamischen Ausbreitung der Bewegung völlig machtlos gegenüber. Kaiser Karl sandte unter dem Eindruck dieses Tages am 17. Jänner an Außenminister Ottokar Graf Czernin nach Brest-Litowsk ein Telegramm, in dem es hieß: „Ich muss nochmals eindringlich versichern, dass das *ganze Schicksal der Monarchie und der Dynastie* von dem möglichst baldigen Friedensschluss in Brest-Litowsk abhängt. Für Kurland, Livland und polnische Träumereien können wir hier nicht die Situation umwerfen. Kommt der Friede nicht zustande, *so ist hier die Revolution*, wenn auch noch so viel zu essen ist. Dies ist eine ernste Warnung in ernster Zeit.“<sup>21</sup>

Der deutsche Botschafter in Wien, Graf Wedel, musste am 17. Jänner 1918 nach Berlin melden, die „Unruhen in Österreich“ hätten an Ausmaß und Schärfe derart zugenommen, dass „die Lage als sehr ernst bezeichnet werden“ müsse. Über die sozialdemokratischen Parteiführer berichtete er, dass diese zwar den Anspruch der Arbeiter, auf die Friedensverhandlungen Einfluss zu nehmen, abzuschwächen suchten und „vor Ausschreitungen warnen, aber die Massen nicht mehr ganz in der Hand“ hätten.<sup>22</sup>

Als am Abend des 16. Jänner der aus Wiener Neustadt zurückgekehrte Karl Renner dem Parteivorstand, der seit 15. Jänner in Permanenz tagte, Bericht erstattete, entschloss sich die sozialdemokratische Partei, einen weiteren Schritt in Richtung des „Auffangens“ der spontan entstandenen und sich stürmisch ausdehnenden Bewegung zu tun. Sie formulierten einen Forderungskatalog, um „der unmittelbaren Aktion der Massen

ein festes, sofort erreichbares Ziel zu geben und sie derart vor einem Misserfolg, die Bevölkerung selbst vor einer nutzlosen Katastrophe zu bewahren.“<sup>23</sup> Über den Inhalt der Forderungen wurde Ministerpräsident Seidler am späten Abend des 16. Jänner durch Karl Seitz informiert.<sup>24</sup> Laut Bericht von Baron Müller an Czernin wurde dabei ein Einvernehmen mit dem Zweck erzielt, „Forderungen aufzustellen, *durch deren (wenn auch nicht volle) Erfüllung den Arbeitern die Einstellung des Streiks ermöglicht* würde.“<sup>25</sup>

Am Morgen des 17. Jänner veröffentlichte die *Arbeiter-Zeitung* die folgende „Erklärung des Parteivorstandes“: „In vielen Betrieben in Wien und Niederösterreich ist gestern die Arbeit eingestellt worden. Diese Arbeitseinstellung ist das Ergebnis einer *elementaren Bewegung*, die ohne Zutun der politischen und der gewerkschaftlichen Organisation eingesetzt hat, einerseits infolge der Nachrichten über den Verlauf der *Friedensverhandlungen* in Brest-Litowsk, andererseits infolge der jüngsten Maßnahmen auf dem Gebiete des *Verpflegungsdienstes*.

Die Parteivertretung hält eine Beruhigung der Arbeitermassen unter den folgenden Voraussetzungen für möglich:

1. Wenn die Regierung vollkommen beruhigende Zusicherungen darüber geben kann, dass sie *die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk nicht an irgend welchen territorialen Forderungen scheitern lassen wird*; dass sie die Hindernisse, die dem Friedensschluss entgegenstehen, durch vorbehaltlose Anerkennung des unverfälschten, demokratischen Selbstbestimmungsrechtes der umstrittenen Länder aus dem Wege räumen wird; wenn die Regierung die Vertrauensmänner der Arbeiterschaft über den Stand der Friedensverhandlungen freimütig unterrichtet, sie ständig über die Verhandlungen im laufenden hält und ihnen den gebührenden Einfluss auf den Gang der Verhandlungen nicht verweigert.

2. Wenn die Regierung einer gründlichen *Reorganisation des Verpflegungsdienstes* zustimmt, insbesondere der Gleichstellung der Selbstversorger mit der übrigen Bevölkerung und dem Verbot des Mahlens auf private Rechnung. Ohne uns darüber zu täuschen, dass auch diese Maßregeln nicht eine plötzliche Verbesserung des Verpflegungsdienstes herbeiführen können, glauben wir doch, dass sie die Arbeitermassen wenigstens darüber beruhigen würden, dass in Zukunft die vorhandenen Vorräte möglichst gleichmäßig verteilt werden.

3. Wenn die Regierung einwilligt, die Gemeindevertretungen, deren Beherrschung durch die am Lebensmittelwucher interessierten Klassen jede zweckmäßige Verpflegungspolitik unmöglich macht, zu demokratisieren, also unverzüglich die Einführung des *allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts für die Gemeindevertretungen* den gesetzgebenden Körperschaften vorzuschlagen.

4. Wenn die Regierung einwilligt, die Entrechtung der Arbeiter durch die *Militarisierung der Betriebe aufzuheben*.<sup>26</sup>

Weiters wurden die Arbeiter der Lebensmittelindustrie, des Bergbaus, der Eisenbahn, Straßenbahn und der Gas- und Elektrizitätswerke eindringlich gebeten, die Arbeit nicht einzustellen. Zuletzt appellierte der Parteivorstand, Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten und „Straßenexzesse“ zu vermeiden.

Über die Wirkung der Erklärung und die Erfüllung der vier Forderungen wird noch zu sprechen sein. Von unmittelbarer Bedeutung für die Geschichte der Rätebewegung in Österreich wurde jedoch eine Passage des Aufrufs, die folgendermaßen lautete: „Um die Bewegung in geregelte Bahnen zu lenken, fordern wir die *Vertrauensmänner der streikenden Arbeiter* auf, sich heute Donnerstag um 9 Uhr vormittags in den Parteilokalen der betreffenden Bezirke einzufinden und dort Bezirkskomitees zu wählen, die für die ordnungsgemäße Regelung des Ausstandes Sorge tragen sollen.“<sup>27</sup>

Damit hatte sich der Parteivorstand entschieden, die nicht mehr zu vermeidende Flucht nach vorne anzutreten. Am 16. Jänner 1918 war die Rätebewegung in Wiener Neustadt und Umgebung bereits Tatsache und nicht mehr rückgängig zu machen; ähnliche Bestrebungen waren bei den Wiener Streikversammlungen dieses Tages, so in Floridsdorf, zu bemerken gewesen. Die sozialdemokratischen Parteiführer wussten, dass unter den im südlichen Wiener Becken schon entstandenen Räten die linksradikale Strömung Einfluss besaß und das Räteprinzip als solches eine potentiell revolutionäre, gegen die Partei- und Gewerkschaftsspitze zielende Stoßrichtung gewinnen konnte – dann nämlich, wenn man die Dinge dem Selbstlauf überließ. Es wäre für den Parteivorstand höchst gefährlich gewesen, sich durch Ignorieren oder strikte Nichtunterstützung der elementar entstandenen Rätebewegung in einen offenen Gegensatz zu den streikenden Arbeitern zu bringen. Er übernahm deshalb die Parole der Bildung von

„Streikkomitees“ (was anfangs nur ein Synonym für „Arbeiterrat“ bedeutete), weil er entschlossen war, von nun an mit der ganzen Kraft seiner nach wie vor perfekt funktionierenden Organisation auf den Wahlverlauf Einfluss zu nehmen und darauf vertrauen konnte, auf diese Weise den Wirkungskreis der unerfahrenen und der Masse der Arbeiter kaum bekannten linksradikalen Führer einzuziehen. Vor allem aber ergriff der Parteivorstand die Initiative für die Bildung einer neuen Organisation vom Typus der Räte, weil er erkannte, dass die Losung „Arbeiterrat“ große Popularität genoss und er seinem Ziel, den Streik möglichst rasch und friedlich beizulegen, auf keinen Fall durch einsame Beschlüsse „von oben“, die dann das Image des Diktatorischen getragen hätten, näher kommen würde. Er brauchte einen Transmissionsmechanismus, dem die Masse der Streikenden auf Grund der Tatsache, dass er frei und demokratisch aus ihrer Mitte gewählt wurde, volles Vertrauen entgegenbrachte und der auf der anderen Seite imstande war, seine Intentionen zu decken und vor den Arbeitern zu vertreten. Hier sollte sich der Parteivorstand nicht täuschen.

### Die Bildung des Arbeiterrats in Wien

Am Vormittag des Donnerstag, 17. Jänner 1918, versammelten sich in Wien die streikenden Arbeiter in Parteilokalen und Gaststätten, um im Einklang mit dem Parteivorstandsaufruf ihre „Bezirkskomitees“ zu wählen. Als gerade in diesen Stunden eine zwölköpfige Abordnung des Wiener Neustädter Arbeiterrats in Wien eintraf, fand sie im Parteihaus leere Zimmer vor. Alle nur irgendwie abkömmlichen sozialdemokratische Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre waren zu den Versammlungen gegangen, um dort zu sprechen, die Wahlen zu beobachten und die Arbeiter auf das Vierpunkteprogramm festzulegen. Die Zahl der Versammlungen ging in die Hunderte.<sup>28</sup> Allein in Favoriten gab es deren 53. Hier zeigte sich zum ersten Mal jenes Phänomen, das für die gesamte sechsjährige Geschichte der Rätebewegung in Österreich charakteristisch bleiben sollte, nämlich das Faktum, dass der Parteivorstand zusätzlich zu den in Urwahlen gewählten Arbeiterratsmitgliedern zahlreiche Mandate beanspruchte und sich auch verschaffte. Das Prinzip der Kooptierung höchster sozialdemokratischer Funktionäre in die leitenden Gremien des Arbeiterrats wurde später statutenmäßig verankert, womit

der politische Einfluss voll abgesichert blieb. In Favoriten wurden am 17. Jänner in den dreizehngliedrigen Bezirksausschuss nicht weniger als drei hohe Funktionäre, Reumann, Sigl und Pölzer, gewählt.<sup>29</sup> In anderen Wiener Bezirken kam zwar der Führungsanspruch von Mitgliedern leitender Parteigremien bei den Wahlen weniger offen zum Ausdruck, die dortigen Exekutivkomitees stellten sich aber eindeutig auf den Boden der Vierpunktforderungen, was als erster realer Erfolg für die Bemühungen des Parteivorstandes anzusehen war, die Massenaktion in den Bahnen der Verhandlungen und Kompromisse mit der Regierung zu lenken. Das Vierpunkteprogramm enthielt nämlich keine Forderungen, die die österreichische Regierung nicht hätte annehmen können, und sie wurden in einer Form herangetragen, die den Ministern erkennen ließ, dass der Parteivorstand kein allzu großes Gewicht auf buchstäbliche Erfüllung legen würde.<sup>30</sup>

Die am Vormittag des 17. Jänner in Wien gewählten Bezirksausschüsse beschlossen, von nun an täglich zu festgesetzten Zeiten zusammenzutreffen, um alle anfallenden Fragen zu beraten. Ihre Mitglieder erhielten Legitimationen und verpflichteten sich, den streikenden Arbeitern regelmäßig Bericht zu erstatten. Am Nachmittag des 17. 1 veranstalteten die gewählten Aktionskomitees unter tätiger Mitwirkung sozialdemokratischer Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre eine Reihe von Massenversammlungen, deren Ziel es war, die Zustimmung aller streikenden Arbeiter für das Vierpunkteprogramm des Parteivorstandes zu erreichen. In einigen Versammlungen gelang dies, in anderen waren jedoch weitergehende Forderungen wie der Achtstundentag, die Haftentlassung Friedrich Adlers und die Beendigung des Regimes der militärischen Betriebsleiter zu vernehmen.<sup>31</sup> Obwohl der Parteivorstand mit seinen politischen Absichten bei den Wiener Rätewahlen des 17. Jänner zweifellos einen Erfolg verbuchen konnte und an diesem Tag die Bewegung erstmals wieder in den Griff zu bekommen begann, war der Ausgang des Jännerstreiks noch längst nicht entschieden. Die Linksradikalen antworteten nämlich auf die vier Punkte umgehend und stellten in dem am 17. Jänner 1918 hergestellten und verbreiteten Flugblatt „Das Volk steht auf!“ eigene, weit darüber hinausgehende Forderungen auf. Darin hieß es:

„Die russischen Arbeiter und Soldaten haben mit den schärfsten Mitteln des Klassenkampfes, mit Massenstreik,

Meuterei und Straßenkampf, nicht nur für ihre *eigene* Freiheit gestritten – nein! Sie haben ihr Blut vergossen für die Befreiung *aller* Völker der Erde von den Leiden des Krieges, vom Joche des Kapitalismus! Aber ihre Kräfte allein reichen nicht hin, dieses gewaltige Werk zu vollenden! Die Arbeiter der anderen Länder müssen sich um die rote Fahne der russischen Revolution scharen! Vor allem sind wir österreichischen Proletarier berufen, die Revolution vor der gewalttätigen Hinterlist unserer Regierung zu retten.

Darum fordern wir:

1. Die Friedensdelegierten sind vom Volk zu wählen!
2. An allen Fronten ist sofort Waffenstillstand zu schließen.
3. Kriegsleistungsgesetz und Militarisierung der Betriebe sind sofort aufzuheben! Alle Beschränkungen des Koalitionsrechtes und der politischen Freiheit sind abzuschaffen!
4. Friedrich Adler und alle anderen politischen Gefangenen sind sofort freizulassen!

Mißtraut jenen patriotischen ‚Arbeiterführern‘, die Euch seit dem ersten Tage des Krieges verraten und Euch jetzt Eure Streikgelder vorenthalten! Hört nicht auf Ihre Beschwichtigungsreden, sondern bleibt fest im Streite für unser Ziel! [...]

Ihr ändert aber, steht nicht länger abseits! Heraus aus allen Werkstätten! Dreht nicht länger mehr Mordgranaten! Hervor aus den Bergwerken ans Tageslicht! Laßt alle Räder stille stehen – Eisenbahn und Straßenbahn! Schart Euch zusammen an Straßen und Plätzen! Wählt Arbeiterräte, so wie in Russland – und der Massengewalt des Proletariats wird der Sieg gehören!

Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!<sup>32</sup>

Die Ausbreitung der Ausstandsbewegung hielt auch am 17. Jänner unvermindert an. Sie griff auf Krakau und damit erstmals auf andere Kronländer und Nationalitäten über. In Wien belief sich die Zahl der Streikenden am Abend auf 100.700.<sup>33</sup> In Niederösterreich stieg die Zahl auf 86.700.<sup>34</sup> Am 17. Jänner trat auch die Steiermark in die Bewegung ein. In Graz und bei Böhler-Kapfenberg befanden sich über 20.000 Arbeiter im Streik.<sup>35</sup> Die Gesamtzahl betrug am Abend des 17. Jänner an die 210.000.

Für den sozialdemokratischen Parteivorstand galt es nun, die gewählten Wiener Bezirkskomitees zentral zusammenzufassen und möglichst schnell politisch wirksam werden zu lassen. Nach einer Sitzung am Abend des 17. Jänner wurden folgende Direktive beschlossen: „Es



**Jännerstreik 1918 in Wr. Neustadt: Versammlung der ArbeiterInnen vor dem Rathaus**

ist ein Arbeiterrat für Wien zusammenzustellen, der aus den Exekutiven der Bezirke, der Gewerkschaftskommission, dem Parteivorstand, dem Frauenreichskomitee und dem Wiener Ausschuss bestehen soll. Ferner ein Permanenzkomitee, bestehend aus dem Parteivorstand, der Gewerkschaftskommission und dem Wiener Ausschuss.<sup>36</sup>

Dieser Beschluss brachte offen zum Ausdruck, dass die Parteibürokratie gewillt war, sich im Arbeiterrat das überragende und letztlich entscheidende Gewicht zu verschaffen. Die Trennung zwischen „Permanenzkomitee“, das ein reines Organ der höchsten Funktionäre war, und „Arbeiterrat“, wo diese Funktionäre formell bloß als Mitglieder figurieren sollten, hatte den Zweck, die künftigen Aktionen des Parteivorstandes in Richtung auf rasche Beendigung des Ausstandes vor den Arbeitern zu verschleiern. Karl Renner bemerkte dazu: „Das Permanenzkomitee wollte damit die letzte Entscheidung über Ausstand und Arbeitsaufnahme in die Hände der Vertrauensmänner der Werkstätten selbst legen.“<sup>37</sup>

Was konnten diese Worte bedeuten? Doch nur, dass das „Permanenzkomitee“ (sprich der Parteivorstand), dessen Mitglieder hinter verschlossenen Türen die Taktik zur Beilegung des Jännerstreiks im Einverständnis mit den kaiserlichen Behörden aushandelten, im Wiener Arbeiterrat den Exekutor seiner Beschlüsse ansah. Da der Wiener Arbeiterrat im Gegensatz zum Wiener Neustädter, der tatsächlich ein autonomes Basisorgan der streikenden Arbeiter war, unter strikter Einflussnahme und Kontrolle der sozialdemokratischen Funktionäre gebildet wurde, sie sich noch dazu auch rein mandatsmäßig ein überaus starkes Gewicht in ihm verschafft hatten, durfte der Parteivorstand sich seiner als Vollstrecker

seines Willens sicher sein. Beschloss nun der Wiener Arbeiterrat als ein von den Streikenden gewähltes Gremium den Abbruch der Ausstandsbewegung, so konnte man auch gegenüber nach wie vor kampfwilligen Arbeitern viel besser als auf der Grundlage reiner Parteivorstandsauftrufe argumentieren: „Nicht wir, die Führer, haben den Streikabbruch proklamiert, sondern das von Euch selbst gewählte Organ, dessen Entscheidung Ihr nun diszipliniert befolgen müßt!“ Genauso sollten die Dinge auch ablaufen. Noch aber war es nicht so weit. Der Parteivorstand musste zunächst eine Antwort der Regierung auf die vier Punkte erhalten, um den von ihm gewünschten Mechanismus überhaupt erst in Gang bringen zu können.

### **Die Verhandlungen mit der Regierung. Die weitere Ausdehnung der Bewegung**

Am Morgen des Freitag, 18. Jänner 1918, gab die *Arbeiter-Zeitung* bekannt, dass der Parteivorstand Verhandlungen mit der Regierung über die vier Forderungen Frieden, Verbesserung der Ernährungssituation, Demokratisierung des Gemeindewahlrechts und Aufhebung der Militarisierung der Betriebe eingeleitet habe. Gleichzeitig wurden die Mitglieder aller in Wien am Vorabend gewählten Bezirksarbeiterräte aufgefordert, sich um 18 Uhr im Eisenbahnerheim Margareten zu versammeln.<sup>38</sup>

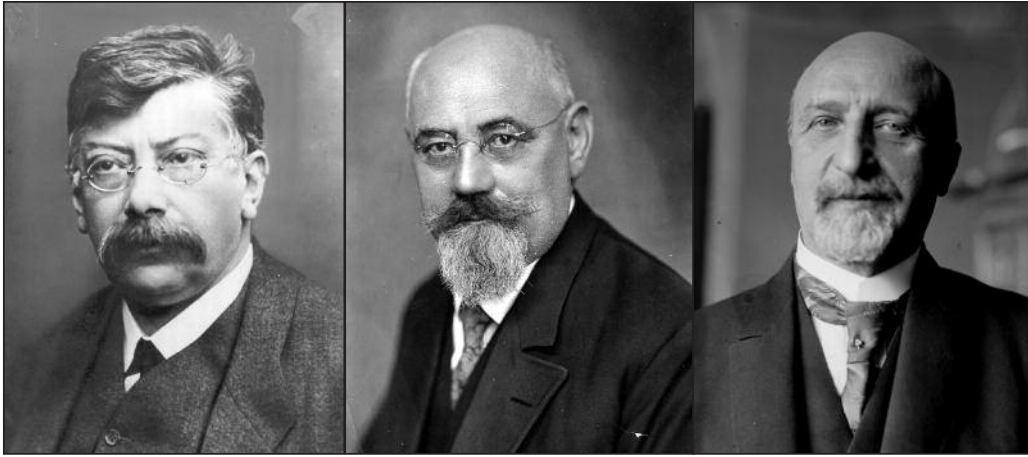
Die beiden Meldungen standen in einem inneren Zusammenhang. Wenn der Parteivorstand die gewissermaßen konstituierende Sitzung des zentralen Wiener Arbeiterrats einberief, so musste sich bei den Verhandlungen mit der Regierung bereits ein „Licht am Ende des Tunnels“ abgezeichnet haben. In der Tat hatte am späten Abend des 17. Jänner die

für den Ausgang des Jännerstreiks wohl entscheidende Zusammenkunft stattgefunden. Um 21 Uhr begaben sich Victor Adler, Renner, Seitz und Ellenbogen zu Sektionschef Baron Flotow ins Ministerium des Äußeren. Dort wurde ihnen vertraulich der Inhalt eines Telegramms von Czernin aus Brest-Litowsk bekanntgegeben, in dem von der festen Entschlossenheit des Ministers, mit Russland zu einem Frieden zu gelangen, die Rede war. Victor Adler dankte für diese „unbedingte beruhigend klingende Mitteilung“, und setzte fort:

„Es genüge aber nicht, daß sie hinausgingen und den Leuten erklärten, daß sie (die Parteiführer, H.H.) beruhigt worden seien; es müßten draußen Tatsachen mitgeteilt werden können, die auf die Massen wirken. Und heute wirke nur: primo eine positive günstige Nachricht aus Brest, oder secundo eine Zusicherung, daß die Verhandlungen nicht an Polen scheitern könnten [...] Für den schleppenden Gang der Friedensverhandlungen mache man unsere Regierung verantwortlich, die die polnische Königskrone dem Kaiser sichern wolle. Die Bewegung sei ohne Zutun der Abgeordneten entstanden; sie bemühten sich, alles in den Bahnen der Ordnung zu halten.“<sup>39</sup>

Im weiteren Verlauf der Beratung, die zwei Stunden dauerte, nach den Worten Flotows „in der urbansten Form“ abließ, und über deren Inhalt die sozialdemokratischen Führer strikte Geheimhaltung zusagten, erwähnte Seitz die „übermenschliche Arbeit“, die vom Parteivorstand geleistet worden wäre, um die Eisenbahner vom Ausstand zurückzuhalten;<sup>40</sup> Victor Adler bezeichnete es als ein „Glück, daß der Ausstand nur Niederösterreich und die Alpenländer treffe und nach Böhmen und Mähren nicht hinübergegriffen hätte.“<sup>41</sup> Zum Schluss wiederholte Victor Adler, dass die sozialdemokratischen Führer „ihr Möglichstes zur Beruhigung der Arbeiter bereits getan haben und tun werden, daß aber nur eine positive gute Nachricht aus Brest die Situation retten könne.“<sup>42</sup> Er regte an, dass Graf Czernin weitere Äußerungen abgeben möge.

„Weitere Äußerungen“ konnten nach dem essentiellen Inhalt der Beratungen mit Flotow nur bedeuten: *weitergehende* und diesmal *öffentliche* Äußerungen. Czernin kam der Aufforderung seitens Victor Adlers umgehend nach. Er ließ am 18. Jänner über das Telegraphenbüro folgende Erklärung verbreiten: „Ich hafte und büрге [...] dafür, daß der Friede unsererseits nicht an Eroberungsabsichten scheitern wird [...] Wir wollen nichts



**Victor Adler, Karl Renner und Karl Seitz: sozialdemokratische Verhandler hinter den Kulissen**

von Russland, weder Gebietsabtretungen noch Kriegsentschädigungen. Wir wollen nur ein fremdnachbarliches, auf sicherer Grundlage beruhendes Verhältnis, das von Dauer ist und auf gegenseitigem Vertrauen ruht.“<sup>43</sup> Damit hatte die Sozialdemokratie etwas in die Hand bekommen, das sich für die Beschwichtigung der Arbeiter propagandistisch weit besser verwerten ließ als die bisherigen Regierungskundgebungen.

Parallel zu den Geheimverhandlungen mit dem Ministerium des Äußeren liefen am 17., 18. und 19. Jänner intensive parlamentarische Beratungen mit Regierungsmitgliedern. Sie dienten vor allem der Erörterung der drei anderen Punkte des sozialdemokratischen Forderungskatalogs. Ernährungsminister Höfer besuchte am Vormittag des 18. Jänner eine Versammlung von Vertrauensmännern der Metallarbeiter, wo er versprach, künftig eine gerechtere Verteilung der vorhandenen Lebensmittel herbeizuführen.<sup>44</sup> Im Budgetausschuss des Abgeordnetenhauses antwortete der Minister des Inneren, Graf Toggenburg, auf eine Rede von Karl Seitz, in der eine „klare“ und „vertrauenserweckende“ Erklärung der Regierung gefordert wurde, dass der „Wille, zum Frieden zu kommen, ein rücksichtslos aufrichtiger ist, so aufrichtig, als es überhaupt von irgendeiner Seite gewünscht werden kann.“<sup>45</sup>

Die Streikkurve blieb am 18. Jänner nach wie vor steil ansteigend. In Wien schlossen sich die Arbeiter von Klein- und Kleinstbetrieben der verschiedensten Branchen, Schneider und Verkäuferinnen hochfeudaler Modesalons der Innenstadt sowie die Arbeiter und Angestellten des k. k. Münzamt und der k. u. k. Hof- und Staatsdruckerei dem Ausstand an.<sup>46</sup> Trotz wiederholten Abratens des sozialdemokratischen „Permanenzkomitees“ beschlossen die Buchdrucker, die Arbeit in allen Betrieben

einzustellen. Ab 19. Jänner erschienen in Wien mit Ausnahme eines Blattes, den anstelle der *Arbeiter-Zeitung* herausgegebenen *Mitteilungen an die Arbeiter*, keine Zeitungen mehr. Die Zahl der Streikenden betrug am Abend des 18. Jänner in Wien 106.000.<sup>47</sup> In Niederösterreich weitete sich der Ausstand auf so gut wie alle Bezirke aus: die Zahl der Streikenden stieg innerhalb eines Tages von 86.765 auf 122.652.<sup>48</sup> In der Steiermark kamen zu Graz alle Industriebetriebe des Mur- und Mürztales hinzu. In Oberösterreich traten Linz und Steyr ein, auch zwei große Industriebetriebe in Brünn schlossen sich der Bewegung an.<sup>49</sup> Und dann kam aus Budapest die Nachricht, dass auch hier seit den Morgenstunden des 18. Jänner alle Industriebetriebe feierten, der Straßenbahnverkehr eingestellt war und die meisten Geschäfte geschlossen waren.<sup>50</sup>

Die gewaltige Ausdehnung des Streiks am 18. Jänner führte dazu, dass in den Polizei- und Statthaltereiberichten von nun an nur mehr grobe Schätzzahlen angegeben werden konnten. Am 10. Februar 1918 nannte der Minister des Inneren in einem Vortrag an Kaiser Karl eine Gesamtziffer von 550.000,<sup>51</sup> was gewiss zu niedrig als zu hoch gegriffen war und sich außerdem nur auf die österreichische Reichshälfte beziehen konnte. Ernst Winkler gibt in seiner Broschüre sogar eine Zahl von „weit über eine Million“ an.<sup>52</sup> Am wahrscheinlichsten erscheint für den 19. Jänner 1918, den Höhepunkt des Ausstandes, eine Zahl von etwa 750.000: österreichische Länder einschließlich Krakau, Brünn, Mährisch-Ostrau, Triest 550.000, Ungarn (Budapest und Provinzstädte) mindestens 200.000.<sup>53</sup>

Am 18. Jänner, um 18 Uhr, trat im Eisenbahnerheim Margareten der Wiener Arbeiterrat zu seiner ersten Sitzung zusammen. Renner schrieb: „Viele der

so gewählten Vertrauenspersonen waren in engeren Parteikreisen noch ganz unbekannt, viele neue Leute. Das Vertrauen der Werkstatt selbst, die in den Bezirksversammlungen bewiesene Beredsamkeit und Geschlossenheit führte sie in den Arbeiterrat.“<sup>54</sup>

Insgesamt hatte aber der Ablauf der Wahlen und die Bestimmung, dass Vertreter des Parteivorstandes, der Gewerkschaftskommission, des Frauenreichskomitees und

des Wiener Ausschusses im Arbeiterrat Sitz und Stimme haben sollten, dazu geführt, dass langjährige sozialdemokratische Vertrauensmänner und Funktionäre, die der Parteilinie ergeben waren, eine sichere Mehrheit besaßen. Den Vorsitz der ersten Tagung des Arbeiterrats führten Skaret, Pölzer und Sever, alle drei bewährte Repräsentanten des rechten Parteiflügels. Das Hauptziel der Sitzung war, für die vier Verhandlungspunkte des Parteivorstandes den offiziellen Sanktus des Arbeiterrats zu erreichen. Obwohl in der Diskussion erneut weitergehende Forderungen (Abschaffung der Zensur, Achtstundentag, Freilassung Friedrich Adlers) erhoben wurden, stimmte der Wiener Arbeiterrat nach mehrstündiger Debatte dem Vierpunkteprogramm zu.<sup>55</sup> Damit hatte der Parteivorstand einen weiteren wichtigen Erfolg erzielt, wusste er doch, dass die Regierung die – „wenn auch nicht volle“ – Erfüllung seiner Forderungen bereits versprochen hatte. Nun galt es nur noch, auf dem Weg zu dem von der Parteit Spitze schon längst beschlossenen Streikabbruch den Eindruck des eigenmächtigen „Abwürgens von oben“ gegenüber den kampfbegeisterten Arbeitermassen hintanzuhalten. Zu diesem Zweck schlug der Gewerkschaftsführer Wiedenhofer vor, zur Vorsprache vor dem Ministerate eine vierzehngliedrige Arbeiterdelegation zu wählen, die ausschließlich aus Vertretern der Betriebe und Leuten, die bisher noch keine Partei- oder Gewerkschaftsstellung bekleidet hatten, bestehen sollte. Für die Deputation wurden nominiert:

1. Ferdinand Steiner, ein Eisendreher aus dem Arsenal;
2. Franz Thoma, ein Spengler aus einer Flugzeugfabrik;
3. Rudolf Rehak, ein Fräser aus einem optischen Betrieb;
4. Josef Hammerschmied, ein Schlosser

- aus der Brigittenau;  
 5. Karl Walz, ein Maschinenschlosser bei Siemens-Schuckert;  
 6. Alois Bauer, ein Dreher bei Clayton & Shuttleworth;  
 7. Konrad Lötsch, von der Eisenbahnwerkstätte Floridsdorf;  
 8. Franz Ziegler, ein Schmied aus der Eisenbahnwerkstätte Rudolfsheim;  
 9. Josef Baulin, ein Tischler aus einer Flugzeugfabrik;  
 10. Franz Rzehak, ein Kupferschmied der Staatsbahnwerkstätte Simmering;  
 11. Anton Wieser, ein Buchdrucker;  
 12. Franz Kögler, ein Straßenbahner;  
 13. Aloisia Münnich, eine Tabakarbeiterin;  
 14. Marie Scherl, eine Schneiderin.<sup>56</sup>

Damit hatte die Sozialdemokratie am 18. Jänner das erreicht, was sie als unumgänglich nötig erachtete, nämlich auf „zwei Beinen“ zu gehen. Während die Parteiführer in den Ministerzimmern die eigentlichen Verhandlungen führten, hatte der Arbeiterrat die Aufgabe zugeteilt bekommen, die Ergebnisse zu sanktionieren und den Massen plausibel zu machen.

### Beratung des Arbeiterrats vom 19./20. Jänner 1918. Beschluss über den Streikabbruch

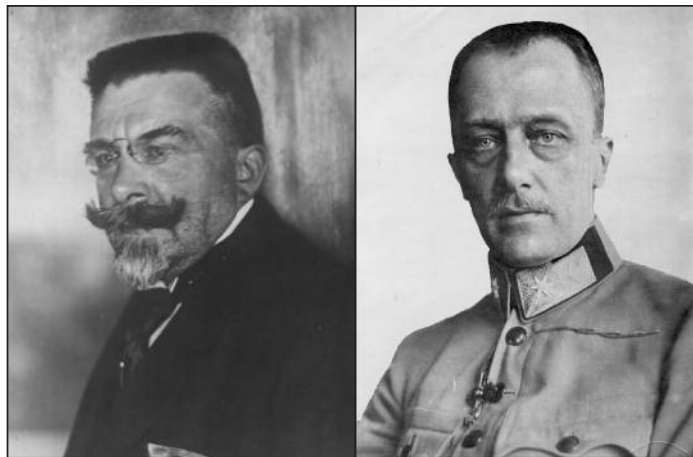
Am Samstag, dem 19. Jänner, erreichte der große Ausstand der österreichischen Arbeiter und Arbeiterinnen für den Frieden seinen Höhe- und Wendepunkt. An jenem Tag entschied sich nicht nur der weitere Verlauf des Jännerstreiks, sondern im wahrsten Sinne des Wortes das Schicksal des herrschenden Systems. Die Zahl der Streikenden stieg in Wien auf 113.000<sup>57</sup> und in Niederösterreich auf 125.200.<sup>58</sup> Ein Abbröckeln der Streikfront in anderen Industriegebieten (Steiermark, Oberösterreich) war nicht zu verzeichnen. Die Massen warteten in größter Spannung auf eine Stellungnahme der Regierung, bereit, im Falle einer negativen Antwort auch das Letzte zu geben. In den Arbeiterheimen, in Gaststätten, auf Straßen und Plätzen fanden unzählige Versammlungen statt. Bei einigen kam es zu offenen Zusammenstößen zwischen den Parteireferenten und den Linksradiكالen, die sich den Argumenten der sozialdemokratischen Funktionäre durch lautstarke Zwischenrufe und Kontrareden entgegenstellten. Dennoch wurde an diesem so aufregendem Tag endgültig klar, dass die kleine Gruppe der Linksradiكالen dem mächtigen, erfahrenen und äußerst geschickt taktierenden Apparat der Sozialdemokratie ebenso wenig entgegenstellen konnte wie dem Ansehen und Ver-

trauen, das Führer wie Victor Adler unter den Arbeitern nach wie vor genossen. Die gigantischen Anstrengungen aller Mitglieder des Parteivorstandes, die Ausweitung der Bewegung in revolutionäre Richtung zu verhindern, begannen ihre Früchte zu tragen.

Bis zu der für 19. Jänner um 18 Uhr einberufenen, erneuten Sitzung des Wiener Arbeiterrats wurde im Ministerzimmer des Parlaments fieberhaft verhandelt. Dabei ging es weniger um den „harten Kern“, das Erreichen echter und realer Zugeständnisse, sondern eher darum, die Antwort der kaiserlichen Regierung in „entschieden“ und „ehrlich“ klingende Formulierungen zu kleiden. Zu Punkt 2 versprach der Ernährungsminister, die Organisation des Verpflegungsdienstes „fortgesetzt auszugestalten“ und die Brot- und Mehlquote der Selbstversorger dem Nichtselbstversorgern anzugleichen.<sup>59</sup> Zu Punkt 3 versprach der Minister des Inneren, „im Hinblick auf die opferwillige Haltung und das verständnisvolle Zusammenwirken aller Volksschichten während des Krieges“, sich „nicht der Erkenntnis zu verschließen“, dass künftighin das Gemeindevahlrecht demokratisiert werden müsse.<sup>60</sup> Die Regierung werde daher „so bald als möglich“ den Landtagen entsprechende Gesetzesentwürfe vorlegen. Zu Punkt 4 versprach der Minister für Landesverteidigung, auf verfassungsmäßigem Wege dem Abgeordnetenhaus in „kürzester Zeit“ ein Gesetz vorzulegen, in dem das Arbeitsverhältnis in den Kriegsleistungsbetrieben auf ein rein zivilrechtliches Arbeitsverhältnis reduziert und die Zuständigkeit der Militärstrafgerichte durch zivile Strafgerichte ersetzt werden sollte.<sup>61</sup>

Ein aufmerksamer politischer Betrachter, der Jurist Josef Redlich, charakterisierte die Antwort der Regierung so: „In der Tat sind die positiven Errungenschaften des Streiks gering. Sie (die Arbeiter, H.H.) haben bloß Versprechungen erhalten, und diese noch dazu unerhört verklausuliert.“<sup>62</sup>

Schon bald nach Beendigung des Jännerstreiks kursierte das Gerücht, dass der Parteivorstand den Wortlaut der Regie-



Verhandler auf Regierungsseite: Ministerpräsident Ernst Seidler von Feuchtenegg und Ottokar Graf Czernin

rungerklärungen selbst verfasst hätte.<sup>63</sup> Ein bei Rosdolsky zitiertes Dokument liefert hiefür den eindeutigen Beweis. Graf Demblin telegraphierte an Czernin nach Brest-Litowsk: „Bitte dem Herrn Minister folgendes mitzuteilen: [...] Seine Majestät läßt ihm vorläufig mitteilen: Es ist zwischen Regierung und Arbeiterführern verabredet worden, dass Ministerpräsident ihnen eine beruhigende Erklärung in der Friedensfrage geben würde, wogegen sie sich verpflichten würden, die Bewegung einzustellen. *Nach dem Vorschlag der Arbeiterführer hätte diese, im Namen E. E. abzugebende Erklärung folgendes Wortlaut [...].*“<sup>64</sup>

Dann folgte der Text jener Erklärung, die Czernin praktisch ohne Veränderungen akzeptierte und die er am Abend des 19. Jänner durch den Ministerpräsidenten Seidler der Wiener Arbeiterratsdelegation zur Kenntnis bringen ließ. Darin wurde versprochen, dass die kaiserliche Regierung keinerlei territoriale Erwerbungen auf Kosten Russlands anstrebe und daher die Friedensverhandlungen an solchen Plänen nicht scheitern würden. In Bezug auf Polen wurde festgestellt, dass der k. u. k. Minister des Äußeren und des kaiserlichen Hauses Polens Selbstbestimmungsrecht anerkenne und es der Habsburgermonarchie fern liege, „Polen seine Staatsform oder irgend welche Beziehungen zu uns diktiert zu wollen.“<sup>65</sup>

Als um 18 Uhr der Wiener Arbeiterrat im Eisenbahnerheim Margareten erneut zusammentrat, waren die Verhandlungen der Parteiführer mit den Ministern über den „letzten Schliff“ ihrer Erklärungen noch im Gange. Der Arbeiterrat behandelte zunächst andere Fragen und nahm Berichte über den Stand des Streiks entgegen. Endlich, gegen 21 Uhr, konnte sich die vierzehnköpfige Delegation der Dreher, Schlosser und Tischler unter



Franz Koritschoner (1892–1941)

Führung von Victor Adler, Renner, Seitz, Domes und Hanusch in den Ministersalon des Abgeordnetenhauses begehen. wo ihnen Seidler, Höfer, Toggenburg und Czapp die Antworten der Regierung auf die vier Punkte verlasen. Die Deputation erwiderte, sie werden die Regierungserklärung dem Arbeiterrat zur Kenntnis bringen. Ministerpräsident Seidler „sprach den Wunsch aus (!), dass die Arbeiter aus diesen Darlegungen volle Beruhigung schöpfen und die unterbrochene Arbeit wieder aufnehmen mögen“.<sup>66</sup> Victor Adler sagte zum Schluss, dass die Zugeständnisse „ein erster Schritt zum Wandel seien“ und hob hervor, dass man den Ausgang des Votums im Arbeiterrat nicht vorhersagen könne, da die Arbeiter „selbst Herren ihrer Geschicke“ seien.<sup>67</sup> Das war eine Bemerkung „zum Fenster hinaus“, um die „Unabhängigkeit“ und „alleinige Entscheidungsbefugnis“ des Arbeiterrats vor den Massen zu unterstreichen. Gegen 22 Uhr kehrte die Abordnung ins Eisenbahnerheim zurück; die denkwürdige Sitzung des Wiener Arbeiterrats begann.

Karl Seitz, der den Bericht über die Unterredung mit der Regierung erstattete, zog folgendes Fazit: „Es wäre geradezu verantwortungslos und würde der Wahrheit in das Gesicht schlagen, wollte ich sagen, daß das die volle Erfüllung unserer Wünsche wäre. Wir haben nur einen Wunsch: *Ende mit dem Krieg!* Damit würden natürlich alle anderen Wünsche erfüllt sein. Aber ebenso offen müssen wir auch bekennen, daß es in niemandes Macht steht, das heute und sofort zu machen. Was uns gelingen konnte, war, Garantien zu schaffen, daß alle Kräfte, die in diesem Staat wirken – vom

Arbeiter bis zum Minister – sich in den Dienst des Friedens stellen [...]. Die Arbeiterschaft hat durch das äußerste Mittel, das ihr zu Gebote steht, erlangt, daß sich die *maßgebendsten* Faktoren zum *Frieden* bekennen und *sich verpflichten*, daß sie geloben und Bürgschaft leisten, *dafür alle Kräfte anzuspannen*, um ihn herbeizuführen [...]. Ich bitte Sie, von diesem Gesichtspunkt aus die Antwort der Regierung als genügend zu beurteilen. Dann wollen wir *Gewehr bei Fuß* stehen und abwarten, ob man von dem Wege, den wir als richtig erkannt haben, abweichen wird, jeden Augenblick *entschlossen, wieder zum äußersten Mittel* der Abwehr zu greifen, wenn jemand wagen sollte, etwas zu unternehmen, was den Frieden bedrohen könnte!“<sup>68</sup>

In diesen Worten kam eine politische Grundposition der österreichischen Sozialdemokratie zum Ausdruck, die später, in der Ersten Republik, noch verstärkt wirken sollte: Rechtfertigung des Nichthandelns und Zurückziehens der Partei durch Berufung auf die Übermacht objektiver Verhältnisse – unbegründetes, übertriebenes Erwecken von Vertrauen in bloße Versprechungen der Regierung und in brüchige Kompromisse mit dem bürgerlichen Lager, während man vor dem Einsatz der gewaltigen Kraft der eigenen Anhängerschaft Argwohn empfand – Beschwichtigung der kampfbereiten Arbeiter durch scharfe Worte und drohende Gesten gegenüber den Herrschenden, „zum äußersten Mittel“ greifen zu wollen, wovon dann aber in der Realität kein Gebrauch gemacht wurde. Seitz prägte hier auch zum ersten Mal jene Formel, die von der Parteiführung bis zum Jahr 1934 immer wieder verwendet werden sollte: „Gewehr bei Fuß“, das sprechende Symbol für den austromarxistischen Attentismus.

In der anschließenden Diskussion, die bis 3.30 Uhr früh des Sonntag, 20. Jänner 1918, dauerte, stellten einige Delegierte (Steiner, Spielmann, Vyrava) und die als Gäste anwesenden Vertreter der Wiener Neustädter Arbeiter (Joris, Rosenmann, Manzberger) fest, dass die Antwort der Regierung zwar eine Verbeugung vor der Arbeiterklasse, inhaltlich aber nicht zufriedenstellend sei und es schwer sein würde, auf dieser Grundlage die Streikenden zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen. Die Wiener Neustädter Delegierten warfen dem Parteivorstand vor, über ihre Köpfe hinweg Beschlüsse gefasst zu haben und von ihm nicht genügend konsultiert worden zu sein. Sie erklärten, nicht versprechen zu können,

dass sich die Arbeiter des südlichen Wiener Beckens einem Streikabbruchbeschluss auch anschließen würden. Victor Adler, Renner und Domes strichen in ihren Diskussionsbeiträgen besonders hervor, dass die Regierung ihre Zusagen „bindend versprochen“ habe und die Antwort Czernins „derart entschieden“ sei, dass sie ihn zur Einhaltung unbedingt „verpflichte“. Mehr sei beim besten Willen nicht herauszuholen gewesen, deshalb gelte es, den Streik zu beenden und die Kraft des Proletariats für die zukünftigen „riesigen Aufgaben“ zu erhalten. Die Mehrheit der Arbeiterratsmitglieder stieß ins selbe Horn, nannte die Regierungserklärung einen „ungeheuren moralischen Erfolg“ und deshalb eine Fortsetzung des Ausstandes „unverantwortlich“.<sup>69</sup>

Karl Seitz fasste in seinem Schlusswort die Argumente des Parteivorstandes noch einmal zusammen. Auf die Frage nach den Garantien für die gute Absichtserklärung der Regierung (und mehr war sie ja nicht) antwortete er, dass „unsere eigene Kraft“ die beste Gewähr sei und bleiben würde. Eine Entwicklung wie in Russland sei in Österreich aussichtslos, da hier nur das Proletariat eine revolutionäre Kraft darstelle. Jede Fortführung des Massenstreiks in eine revolutionäre Richtung müsse mit einer Niederlage und einem jahrzehntelangen Rückschlag für die Arbeiterbewegung enden.

An die Arbeiterratsdelegierten gewandt, sagte er zum Schluss: „Der Parteivorstand macht nach demokratischen Grundsätzen *seine Entscheidungen abhängig von Ihrem Beschluss* und wird dann als Zentralinstanz an alle Organisationen in ganz Österreich *die Parole ausgeben* [...]. Ich hoffe, dass der Beschluss gefasst wird – womöglich einstimmig – ich hoffe, dass er, wenn er gefasst wird, auch durchgeführt wird mit jener Gewissenhaftigkeit und Geschicklichkeit, die Sie immer bewiesen haben, und ich hoffe, dass sich diesem Beschluß auch jene fügen werden, die gegen ihn gestimmt haben – in altbewährter sozialdemokratischer Disziplin.“<sup>70</sup>

Dann folgte die Abstimmung. Zur Beschlussfassung stand einzig die „Resolution Gierlinger“, eines Delegierten aus Stadlau, der in seinem Diskussionsbeitrag für den Fall, dass die Bewegung nur noch acht Tage anhalte, die „Anarchie“ prophezeit hatte. Darin wurden die „Zugeständnisse der Regierung gewürdigt“ und den streikenden Arbeitern die „sofortige Wiederaufnahme der Arbeit“ empfohlen.<sup>71</sup>



Das Votum des Wiener Arbeiterrats ergab eine überwältigende Mehrheit von 308 gegen zwei Stimmen für die Resolution.<sup>72</sup> Die Redaktion der *Arbeiter-Zeitung*, welche die „Mitteilungen an die Arbeiter“ herausgab, erhielt das Wahlergebnis und den darauf gegründeten Aufruf des sozialdemokratischen Parteivorstands für die Veröffentlichung in der Sonntagnummer im letzten Moment. Darin wurde mit Nachdruck herausgestrichen, dass sich der Parteivorstand dem Beschluss der „frei gewählten Vertrauensmänner“ der Wiener Arbeiterschaft nur „angeschlossen“ habe. Wohl allen Funktionären und Arbeiterratsdelegierten war jedoch in den Morgenstunden des 20. Jänner bewusst, dass ihnen das härteste und unangenehmste Stück Arbeit noch bevorstand.

### Das Ende des Jännerstreiks

Der 20. Jänner, ein Sonntag, war ein Tag hunderter, massenhaft besuchter Versammlungen, in denen die sozialdemokratischen Funktionäre die Arbeiter von der Notwendigkeit des Streikabbruchs zu überzeugen suchten. In einigen Wiener Bezirken (Wieden, Margareten, Mariahilf, Neubau) gelang dies – allerdings auch hier nicht ohne heftigen Widerspruch einer Minderheit –, in anderen, ausgesprochenen Arbeiterbezirken, erhob sich jedoch der befürchtete Sturm der Entrüstung. In Währing riefen die Arbeiter den Parteirednern Worte wie „Verräter!“ und „k. u. k. Vertrauensmänner!“ zu.<sup>73</sup> Im Arbeiterheim Favoriten wurde der populäre Abgeordnete „Schani“ Pölzer niedergeschrien und als „Verräter“ und „Räuber“ beschimpft; nach der Versammlung zogen 600 Arsenalarbeiter protestierend durch die Laxenburger Straße stadtwärts und mussten von der Sicherheitswache zerstreut werden;<sup>74</sup> im 3. Bezirk kam es zu ähnlichen Szenen, als die Streikenden nach einer „aufreizenden Rede“ des linksradikalen Jugendlichen Friedrich Hexmann die sozialdemokratischen Vertrauensleute beschimpften und bedrohten.<sup>75</sup> Im Polizeibericht über die Aktivitäten des „Aktionskomitees der Linksradikalen“ während des Jännerstreiks ist zu lesen, dass „Tausende von Arbeitern im Banne von Leuten wie Baral und Genossen standen, daß nach den Reden Barals stürmische Hochrufe auf die Revolution ausgebracht und der Redner umarmt und geküsst wurde.“<sup>76</sup> Karl Renner, der sich am 20. Jänner nach Wiener Neustadt und Neunkirchen begeben hatte, um die Streikenden zur

Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen, berichtete später:

„Ich selbst wurde, als ich im Auftrage des Parteivorstandes nach Wiener Neustadt kam, bei der Annäherung an das Arbeiterheim von gutbekannten, altbefreundeten Genossen mit roten Armbinden *verhaftet* und in einen Nebenraum abgeführt, während draußen *die ins Land geschmuggelten Agitatoren Russlands* (!) unter stürmischem Beifall die verräterischen Bonzen geißelten. Ich bestand bei den Wächtern und Genossen [...] auf dem Recht einer halbstündigen Erwiderung und Rechtfertigung. Noch war die demokratische Tradition nicht erloschen, ich erhielt die Erlaubnis, sprach eine halbe Stunde unter Störungen und noch eine halbe Stunde ungestört, die Versammlung ging in Schweigen auseinander und der *Streik wurde am selben Tage abgebrochen*.“<sup>77</sup>

Letztere Bemerkung ist nicht richtig, da nach Artikeln in der *Arbeiter-Zeitung* vom 21. Jänner und nach Statthaltereiberichten feststeht, dass die Intervention Renners am 20. Jänner stattfand und der Streik in Wiener Neustadt bis 24. Jänner dauerte;<sup>78</sup> die „ins Land geschmuggelten Agitatoren Russlands“ waren nichts anderes als österreichische Linksradikale.

Auch in Neunkirchen und Ternitz kam der „leidenschaftliche Wille der Arbeiterschaft zum Ausdruck, den Kampf noch fortzuführen.“<sup>79</sup> Die Empfehlung des Parteivorstandes, Montag geschlossen die Arbeit aufzunehmen, konnte also nur in den Versammlungen in Wien, und auch hier nur zum Teil und unter erregten Protesten, durchgesetzt werden. Viele Belegschaften, vor allem die der großen metallverarbeitenden Betriebe, die dem Kriegsleistungsgesetz unterworfen waren (Arsenal, Flugzeugfabrik Warchalowski, Maschinenfabrik „Vulkan“ in Ottakring u. a.), weigerten sich, ihr Folge zu leisten. Bei anderen Großbetrieben gelang es allerdings der Sozialdemokratie, wenigstens einen Beschluss über die Arbeitsaufnahme für Dienstag, den 22. Jänner, durchzusetzen.

Am 21. Jänner kehrte in Wien rund die Hälfte der Streikenden (vornehmlich die Klein- und Mittelbetriebe nicht kriegswichtiger Branchen) an ihre Arbeitsplätze zurück; in Niederösterreich sank die Zahl nur unwesentlich von 125.855 auf 122.761.<sup>80</sup> Dennoch wurde am Montag klar, dass mit dem ersten Einbruch in die Streikfront und dem Beginn der rückläufigen Tendenz an eine energische und zielklare Fortsetzung des Ausstandes nicht mehr gedacht werden konnte. Der

Schwung und Enthusiasmus der ersten Streikwoche war vorbei, der einheitliche Wille der Bewegung zerbrochen. Auch die Linksradikalen in Wiener Neustadt, Neunkirchen und Ternitz mussten erkennen, dass ein isoliertes Weiterstreiken im südlichen Wiener Becken keine Aussicht auf Erfolg mehr besaß. Sie empfahlen mit der Begründung, dass durch den „Verrat des Parteivorstandes“ die Streikenden nun ohne Führung dastünden, die Wiederaufnahme der Arbeit.<sup>81</sup> Außerdem hatte am Montag eine Verhaftungswelle der Wiener Polizei gegen die aktivsten linksradikalen Agitatoren (Baral, Kohn-Eber, Wertheim, Pjatigorski, Hexmann, Kodanich, Hübl, Beer) eingesetzt,<sup>82</sup> die später auch die am Abend des 20. Jänner untergetauchten Franz Koritschoner, Leopold Kulcsar und Leo Rothziegel traf. Damit waren auch in Wien die restlichen streikgewillten Arbeiter ohne politische Leitung.

Am 22. Jänner begann sich trotz der Tatsache, dass in Wien noch immer 56.000<sup>83</sup> und in Niederösterreich 59.000 Arbeiter streikten, die Situation für die Regierung endgültig zu entspannen. In Wien beschlossen alle Streikversammlungen im Laufe des Tages, die Arbeit am 23. Jänner wieder aufzunehmen. In der Steiermark und in Oberösterreich war der Ausstand so gut wie beendet. Um 18 Uhr wurden in Wien die zur Sicherung der Inneren Stadt und strategischer Objekte (Donaubrücken) bereitgestellten Militärassistenzen aufgehoben.<sup>84</sup> Eine Delegation des Wiener Neustädter Arbeiterrats, die am Dienstag nach Wien reiste, um vom Parteivorstand Aufklärung über die Erledigung dieser Forderungen zu erlangen, die von den Streikenden erhoben, im Vierpunkteprogramm aber nicht berücksichtigt worden waren (Teilnahmen von Arbeitervertretern an den Friedensverhandlungen, Achtstundentag, Freilassung Friedrich Adlers), erhielt zu Punkt 1 eine abschlägige Antwort, zu den beiden anderen Forderungen wurden Bemühungen der Partei auf parlamentarischen Boden zugesagt.<sup>85</sup> Die Interpellation des Wiener Neustädter Arbeiterrats war das letzte Rückzugsgefecht. Am 23. Jänner wurde in allen Wiener Betrieben die Arbeit in vollem Umfang wieder aufgenommen, am 24. Jänner war der Streik auch in Wiener Neustadt, Neunkirchen und Ternitz beendet.

Der Jännerstreik wurde hier vornehmlich unter den Gesichtspunkten der Entsetzung der Arbeiterräte und der Darlegung der sozialdemokratischen

Beschwichtigungsmethoden behandelt, fußend auf einem Kapitel aus der vom Autor verfassten Geschichte der Rätebewegung.<sup>86</sup> Die schlichte Schilderung der Doppeltaktik der austromarxistischen Führungsgarnitur vor und hinter den Kulissen spricht für sich und braucht nicht noch extra mit starken Worten kommentiert zu werden. Dabei müssen wir es aus mehreren Gründen belassen, nicht zuletzt auch aus solchen persönlichen Befindens. Wer über eine Generaleinschätzung des Jännerstreiks unterrichtet sein will, sei auf einen Vortrag des Autors im Rahmen einer Veranstaltung der *Alfred Klahr Gesellschaft* am 18. Jänner 2008 verwiesen.<sup>87</sup>

#### Anmerkungen:

- 1/ *Arbeiter-Zeitung*, 16.1.1918, S. 4.
- 2/ Rudolf Neck: *Arbeiterschaft und Staat im Ersten Weltkrieg 1914–1918* (A. Quellen), I. Der Staat, 2. Bd. (1917–1918). Wien 1968, S. 197f.
- 3/ Richard Georg Plaschka/Horst Haselsteiner/Arnold Suppan: *Innere Front, Militärassistenten, Widerstand und Umsturz in der Donaumonarchie 1918*, 1. Bd.: *Zwischen Streik und Meuterei*. Wien 1974, S. 78.
- 4/ *Um Friede, Freiheit und Recht! Der Jännerausstand des innerösterreichischen Proletariats*. Wien 1918, S. 8. Diese Darstellung des Jännerstreiks wurde von Karl Renner im Auftrag des Parteivorstandes verfasst.
- 5/ Neck: *Arbeiterschaft*, 2. Bd., S. 199ff.
- 6/ Ebd., S. 202.
- 7/ Anna Homik: *40 Jahre Jännerstreik*, in: *Weg und Ziel*, 16. Jg. (1958), Nr. 1, S. 46–51, hier S. 47.
- 8/ Ebd., S. 48.
- 9/ *Der Januaraufstand der österreichischen Arbeiterschaft und der Verrat der sozialpatriotischen Führer*, Zürich 1918, S. 9. Diese noch vor Kriegsende in der Schweiz erschienene Broschüre stellt die Ereignisse während des Jännerstreiks aus der Sicht der Linksradikalen dar. Der/die Verfasser/in ist unbekannt.
- 10/ *Um Friede, Freiheit und Recht!*, S. 9.
- 11/ Otto Bauer: *Die österreichische Revolution*. Wien 1923. Neudruck mit einem Geleitwort von Ernst Winkler. Wien 1965, S. 76. (Zitiert nach dieser Ausgabe.)
- 12/ Roman Rosdolsky: *Studien über revolutionäre Taktik*. Zwei unveröffentlichte Arbeiten über die II. Internationale und die österreichische Sozialdemokratie. Berlin (West) 1973, S. 128 (Hervorhebung H.H.). Roman Rosdolsky wertete für seine Arbeit erstmals die entsprechenden Akten des Haus-, Hof- und Staatsarchivs in Wien aus. Seine Studie ist eine der wichtigsten Darstellungen des Jännerstreiks.
- 13/ *Arbeiter-Zeitung*, 16.1.1918, S. 1.
- 14/ Ebd.
- 15/ Bauer: *Die österreichische Revolution*, S. 76.
- 16/ Niederösterreichisches Landesarchiv (NÖLA), Präs.-P.-Vla-421 bis 2635/1918, Wien, Streikbewegung, Nr. 421 und 421/2.
- 17/ Ebd., Nr. 421/4.
- 18/ *Um Friede, Freiheit und Recht!*, S. 6.
- 19/ NÖLA, Präs.-P.-Vla-421-4/1918.
- 20/ Ernst Winkler. *Der große Jänner-Streik 1918. Ein Kampf für Brot, Frieden und Freiheit*, hg. von der SPÖ-Landesorganisation Niederösterreich. o.O., o.J. [1968], S. 4.
- 21/ Zit. nach Gustav Gratz/Richard Schüller: *Der wirtschaftliche Zusammenbruch Österreich-Ungarns. Die Tragödie der Erschöpfung*. Wien 1930, S. 139 f. Hervorhebungen H.H.
- 22/ Zit. in: *Deutschland im Ersten Weltkrieg*, 3. Bd. (November 1917 bis November 1918). Berlin 1970, S. 144.
- 23/ *Um Friede, Freiheit und Recht!*, S. 12.
- 24/ Ebd.
- 25/ Zitiert bei: Rosdolsky: *Studien*, S. 132. Hervorhebungen im Original.
- 26/ *Arbeiter-Zeitung*, 17.1.1918, S. 1. Hervorhebungen im Original.
- 27/ Ebd. Hervorhebungen im Original.
- 28/ *Um Friede, Freiheit und Recht!*, S. 13.
- 29/ Ebd.
- 30/ Vgl. Jan Opočenský: *Umsturz in Mitteleuropa. Der Zusammenbruch Österreich-Ungarns und die Geburt der kleinen Entente*. Hellerau bei Dresden 1931, S. 75.
- 31/ *Um Friede, Freiheit und Recht!*, S. 14.
- 32/ Neck: *Arbeiterschaft*, 2. Bd., S. 3; Ludwig Brügel: *Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie*, 5. Bd. Wien 1925, S. 336. Hervorhebungen im Original.
- 33/ NÖLA, Präs.-P.-Vla-421 bis 2365/1918, Nr. 422/8.
- 34/ NÖLA, Präs.-P.-Vla-567 und 568/1918, Streikbewegung allgemein.
- 35/ Neck: *Arbeiterschaft*, 2. Bd., S. 265.
- 36/ Verein für Geschichte der Arbeiterbewegung, Karl Heinz: *Die Geschichte der österreichischen Arbeiterräte* (ungedrucktes Manuskript), S. 5. Hervorhebung im Original.
- 37/ *Um Friede, Freiheit und Recht*, S. 14f.
- 38/ *Arbeiter-Zeitung*, 18.1.1918, S. 1.
- 39/ Zitiert bei: Rosdolsky: *Studien*, S. 143. Hervorhebungen H.H.
- 40/ Ebd.
- 41/ Ebd., S. 145.
- 42/ Ebd., S. 146.
- 43/ *Mitteilungen an die Arbeiter*, 19.1.1918, S. 1.
- 44/ Ebd., S. 1.
- 45/ Ebd., S. 3.
- 46/ NÖLA, Präs.-P.-Vla-421 bis 2635/1918, Nr. 423/11.
- 47/ Ebd., Nr. 423/12.
- 48/ NÖLA, Präs.-P.-Vla-567 und 568/1918.
- 49/ *Mitteilungen an die Arbeiter*, 19.1.1918, S. 2.
- 50/ Ebd.
- 51/ Neck: *Arbeiterschaft*, 2. Bd., S. 381.
- 52/ Winkler: *Jänner-Streik*, S. 6.
- 53/ Plaschka/Haselsteiner/Suppan: *Innere Front*, 1. Bd., S. 69.

- 54/ *Um Friede, Freiheit und Recht!*, S. 15.
- 55/ Ebd., S. 23.
- 56/ Ebd., S. 24.
- 57/ NÖLA, Präs.-P.-Vla-421 bis 2635/1918; Nr. 526/17.
- 58/ NÖLA, Präs.-P.-Vla-567 und 568/1918.
- 59/ *Mitteilungen an die Arbeiter*, 20.1.1918, S. 2.
- 60/ Ebd.
- 61/ Ebd.
- 62/ *Schicksalsjahre Österreichs 1908–1919. Das politische Tagebuch Josef Redlichs*, bearbeitet von Fritz Fellner, II. Bd. Graz, Köln 1954, S. 256.
- 63/ Vgl. *Der Januaraufstand der österreichischen Arbeiterschaft*, S. 11.
- 64/ Rosdolsky: *Studien*, S. 135. Hervorhebung im Original.
- 65/ *Mitteilungen an die Arbeiter*, 20.1.1918, S. 1.
- 66/ Ebd., S. 2.
- 67/ Ebd.
- 68/ *Um Friede, Freiheit und Recht!*, S. 34f. Hervorhebungen im Original.
- 69/ Ebd., S. 35ff.
- 70/ Ebd., S. 42. Hervorhebungen im Original.
- 71/ *Mitteilungen an die Arbeiter*, 20.1.1918, S. 3.
- 72/ *Um Friede, Freiheit und Recht!*, S. 43.
- 73/ Präs.-P.-Vla-421 bis 2625/1918, Nr. 526/17.
- 74/ Ebd.
- 75/ Ebd., Nr. 526/18.
- 76/ Ebd., Nr. 226/28, Baral Arnold und Genossen – Hochverrat.
- 77/ Karl Renner: *Wandlungen der modernen Gesellschaft. Nachgelassene Werke*, III. Bd. Wien 1953, S. 60. Hervorhebungen H.H.
- 78/ Vgl. Neck: *Arbeiterschaft*, 2. Bd., S. 226 und 236.
- 79/ *Arbeiter-Zeitung*, 21.1.1918, S. 5.
- 80/ NÖLA, Präs.-P.-Vla-567 und 568/1918.
- 81/ NÖLA, Präs.-P.-Vla-949 bis 2307/1918; Zehnder Ferdinand, *Agitation*.
- 82/ NÖLA, Präs.-P.-Vla-421 bis 2635/1918; Nr. 528/28.
- 83/ Ebd., Nr. 527/22.
- 84/ Ebd., Nr. 527/23; Plaschka/Haselsteiner/Suppan: *Innere Front*, 1. Bd., S. 81f.
- 85/ *Um Friede, Freiheit und Recht!*, S. 47.
- 86/ Hans Hautmann: *Geschichte der Rätebewegung in Österreich 1918–1924*. Wien, Zürich 1987, S. 153–176.
- 87/ *Jänner 1918 – Österreichs Arbeiter-schaft in Aufruhr*,  
www.klahrgesellschaft.at/Referate/  
Hautmann\_Jaennerstreik.html [1.2.2018], abgedruckt auch in: Hans Hautmann: *Von der Permanenz des Klassenkampfes und den Schurkereien der Mächtigen. Aufsätze und Referate für die Alfred Klahr Gesellschaft*. Wien 2013 (Quellen & Studien, Sonderband 16), S. 203–212.

